# Skizze für Werkbund-Impulse

## Zukunft der Denkmalpflege in NRW

Ein Gespenst geht um in Europa. Eine Politik jedweder Vernunft. Ihr politisches Ziel: „Sparen“.

Nachdem die Vermögenden ihre politischen Steuergeschenke der letzten Jahrzehnte in den internationalen Spielcasinos – von Politikern und ahnungslosen Journalisten euphemistisch „Finanzmärkte“ genannt - verloren haben, sollten die Staaten sie „retten“. Unter dem Vorwand von der Abwehr von „Ansteckungseffekten“ werden gigantische Summen aufgewandt, um den Zinsspekulanten ihr verspieltes Vermögen zurückzuzahlen. Dafür verschulden sich die Staaten, auch Deutschland. Allein in den letzten 10 Jahren wurden 800 Milliarden Euro Volksvermögen an die Privilegiertesten der deutschen Gesellschaft über Steuergeschenke und „Bankenrettung“ umverteilt.

Jetzt aber sind die Staaten „schuld“. Bund, Länder und Gemeinden haben „über ihre Verhältnisse gelebt“ und müssen „sparen“. Abseits dieser entsprechend der Historie unsäglichen Unwahrheit können Staaten nicht „sparen“. Staaten sind keine Unternehmen und keine privaten Haushalte und auch keine Hausfrauen, auch wenn dies uns weisgemacht werden soll. Staaten können nur Ausgaben kürzen. Sie investieren weniger; in Schulen, Kindergärten, Straßen und Plätze, stellen weniger Lehrer ein, weniger Krankenschwestern und Ärzte, weniger Sozialarbeiter und Erzieherinnen. Wir können die Folgen dieses „Sparens“ schon sehen; verrottete Infrastrukturen, verödete Stadtteile, die sich selbst überlassen sind.

Auch in den Ländern, die keine wesentliche Steuerertragshoheit und keine Steuergesetzgebungshoheit besitzen, muss „gespart“ werden. Auch in Nordrhein-Westfalen. Bei Leverkusen ist eine Autobahnbrücke für den Schwerverkehr nicht mehr befahrbar. „Halt“, rufen jetzt plötzlich die funktionalen Eliten, die das „Sparen“ gutheißen, „wir brauchen die Verkehrsinfrastruktur für den Standortwettbewerb“. Der Minister handelt. Er schreibt Briefe an das Bundesverkehrsministerium, geht an die Presse. Es muss Geld fließen, damit der Verkehr fließen kann. Das ist gut für die Wirtschaft und das Land. Dann muss der Schuldner eben woanders „sparen“.

Jetzt trifft es die Denkmalpflege. 2009 bekam sie noch 18 Mio. Euro, im Folgejahr nur noch 15 Mio. Euro. Ab 2015 soll gar kein Geld für die 90.000 Denkmäler fließen. Wer soll für diese Denkmäler das Geld aufbringen, damit sie nicht verfallen? Die 8 Millionen für Denkmäler in den Städten und Gemeinden, die 3 Millionen für die Kirchen? Die Städte und Gemeinden selbst? Auch sie hat man verarmen lassen und ihnen die Schuld selbst gegeben.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen dringend Impulse für die Zukunft der Denkmalpflege: Anregende Anstiftungen und aufregende Debatten nicht nur über den Wert von Denkmalen, deren Nicht-Förderung ihre Existenz und damit das kollektive Gedächtnis dieses Landes zerstört. Wir brauchen auch impulsive Debatten über die intellektuelle Verkrüppelung wirtschafts- und fiskalpolitischer Debatten, die nachhaltig die Qualitäten einer reichen Gesellschaft zerstört, an deren Entwicklung sich der Deutsche Werkbund maßgeblich beteiligt hat.